

HESSEN



Bericht politisch motivierte Kriminalität

in Hessen 2017

- PRESSEPAPIER -

herausgegeben vom

Hessischen Landeskriminalamt in Wiesbaden

im Februar 2018

Vorbemerkung

Die Datengrundlage sind die dem HLKA im Rahmen des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes Politisch motivierte Kriminalität“ (KPMD-PMK) für Hessen übermittelten Straftaten (Stichtag 31.01.2018).

Die Zahlen stehen unter dem Vorbehalt des derzeit erfolgenden Fallzahlenabgleichs mit dem Bundeskriminalamt und dem LfV Hessen, es können sich insoweit noch marginale Abweichungen ergeben.

Mit Datum vom 01.01.2017 wurden gemäß erfolgter Änderungen im KPMD-PMK bundeseinheitlich die Phänomenbereiche PMK -ausländische Ideologie- und PMK -religiöse Ideologie- eingeführt, die zuvor unter dem bis dahin gültigen Phänomenbereich PMK -Ausländer- zusammengefasst waren. Diese differenziertere Darstellung der Phänomenbereiche wurde in den nachfolgenden Ausführungen auch für den Berichtszeitraum vor dem Jahr 2017 zur besseren Vergleichbarkeit zu Grunde gelegt. Ebenso wurde der bisherige Phänomenbereich PMK -sonstige- in den Phänomenbereich PMK -nicht zuzuordnen- umbenannt.

Politisch motivierter Kriminalität -ausländische Ideologie- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters

Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine aus dem Ausland stammende nichtreligiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war, insbesondere wenn sie darauf gerichtet ist, Verhältnisse und Entwicklungen im In- und Ausland zu beeinflussen. Gleiches gilt, wenn aus dem Ausland heraus Verhältnisse und Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland beeinflusst werden sollen. Die Staatsangehörigkeit des Täters ist hierbei unerheblich.

Politisch motivierter Kriminalität -religiöse Ideologie- werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass eine religiöse Ideologie entscheidend für die Tatbegehung war, der Schwerpunkt der Straftaten in diesem Phänomenbereich sind dem Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus zuzurechnen.

Politisch Motivierte Kriminalität (PMK)

Für den Bereich der Politisch motivierten Kriminalität wurden für das Jahr 2017 in Hessen bislang insgesamt 1.487 Straftaten registriert. Im Vergleich zum Vorjahr mit 1.666 Straftaten bedeutet dies einen Rückgang um 179 Fälle (-10,7 %).

Die Anzahl der Gewaltdelikte bewegt sich mit 58 Fällen deutlich unter dem Niveau des Vergleichsjahres 2016 (85 Gewaltdelikte).

In der Gesamtzahl sind 483 Propagandadelikte enthalten. Dies entspricht einem Anteil von 32,5 % an der Politisch motivierten Kriminalität.

651 Straftaten (43,8 %) konnten bisher geklärt werden (2016: 638 Straftaten = 38,3 %).

Die Entwicklung der vergangenen 5 Jahre stellt sich wie folgt dar:

	2013	2014	2015	2016	2017
PMK gesamt	2.406	1.151	1.754	1.666	1.487
PMK -rechts-	679	548	707	840	600
PMK -links-	1.357	191	518	317	183
PMK -ausländische Ideologie-	50	100	96	108	162
PMK -religiöse Ideologie-	61	81	94	84	124
PMK -nicht zuzuordnen-	259	231	339	317	418

1.1 PMK -rechts-

Mit 600 gemeldeten Fällen für das Jahr 2017 ist in Hessen ein Rückgang um 240 Straftaten (28,6 %) zum vergleichbaren Zeitraum des Jahres 2016 zu verzeichnen. Quantitative Brennpunkte bildeten die Bereiche der Polizeipräsidien Frankfurt am Main (168 Fälle), Mittelhessen (103 Fälle) und Nordhessen (86 Fälle).

Die Aufklärungsquote der PMK -rechts- von 33,3 % für das Jahr 2017 liegt geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2016 (34,3 %).

Die Propagandadelikte waren innerhalb dieses Phänomenbereichs - wie bereits in den vergangenen Jahren - mit insgesamt 348 Fällen deliktischer Schwerpunkt. Dies entspricht einem Anteil von 58 % an der Gesamtzahl der Fälle.

Die Anzahl der Gewalttaten bewegt sich mit 17 Fällen (davon 6 [= 35,3 %] geklärt) deutlich unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums (25 Fälle, davon 14 [= 56 %] geklärt). Körperverletzungen (14 Fälle) haben dabei den größten Anteil.

Die Asyl- und Zuwanderungsthematik ist seit Jahren ein herausragendes Betätigungsfeld der rechten Szene in Deutschland. Aufgrund der stark angestiegenen Zuwanderungszahlen, beginnend schon im Jahr 2014, sind Ereignisse im Zusammenhang mit Asylunterkünften verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses getreten. Besondere Bedeutung kommt dabei den direkten Übergriffen auf die entsprechenden Unterkünfte zu, bei denen die Schwelle von der Hetze und Bedrohung hin zu direkten Aktionen und Übergriffen überschritten wurde.

Die Fallzahlen "Straftaten gegen Asylunterkünfte" im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-) sowie PMK -nicht zuzuordnen- bewegen sich mit insgesamt 7 Straftaten (PMK -rechts-) deutlich unter dem Niveau des Jahres 2016 (25 Fälle, davon 22 Fälle der PMK -rechts-). Der Schwerpunkt der Delikte liegt nach wie vor bei Sachbeschädigungen, Propagandadelikten und Volksverhetzungen.

50 Fälle der politisch motivierten Kriminalität im Jahr 2017 (2016: 72) richteten sich gegen Asylbewerber/Flüchtlinge außerhalb von Asylbewerberunterkünften, hiervon sind 46 Fälle (2016: 67) der PMK -rechts- zuzurechnen. In insgesamt 2 Fällen der PMK (2016: 3) richteten sich Straftaten gegen Hilfsorganisationen bzw. ehrenamtliche/freiwillige Helfer im Kontext Asyl, hiervon ist 1 Fall (2016: 2) der PMK -rechts- zuzuordnen. Sowohl die Anzahl der Straftaten gegen Asylbewerber/Flüchtlinge außerhalb von Asylunterkünften als auch die Anzahl der Straftaten gegen Hilfsorganisationen bzw. ehrenamtliche/freiwillige Helfer sind im Vergleich zum Jahr 2016 zum Teil deutlich rückläufig.

Es ist davon auszugehen, dass die rechte Szene ihre Anstrengungen, die darauf abzielen, die Asylpolitik polarisierend aufzubereiten und für die eigenen Interessen zu instrumentalisieren, weiterhin fortsetzt, wenn auch aktuell etwas abgeschwächt. Ein Ende der Agitation der rechten Szene ist in diesem Themenfeld trotz derzeit rückläufiger Asylbewerberzahlen nicht abzusehen. Bei entsprechenden öffentlichkeitswirksamen Ereignissen dürfte sich diese erneut schlagartig intensivieren.

1.2 PMK -links-

Mit 183 gemeldeten Fällen ist für den Bereich der PMK -links- ein erheblicher Rückgang (134 Fälle = -42,3 %) gegenüber dem Vorjahr (317 Fälle) zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte liegt mit 19 Straftaten ebenfalls deutlich unter dem Niveau des Gesamtjahres von 2016 (30 Gewaltstraftaten), was einer stark rückläufigen Entwicklung (-36,7 %) entspricht. Die Aufklärungsquote der PMK -links- von 26,2 % für das Jahr 2017 liegt geringfügig über dem Niveau des Jahres 2016 (22,6 %). Den deliktischen Schwerpunkt der Gesamtstraftaten bildeten szenetypisch wieder Sachbeschädigungsdelikte mit 64,5 % (118 Fälle).

Quantitative Brennpunkte bildeten weiterhin die Zuständigkeitsbereiche der Polizeipräsidien Frankfurt am Main sowie Mittelhessen.

Das aufgrund der antikapitalistischen Protestentwicklung in Frankfurt am Main seit 2012 überwiegend dominierende Themenfeld "Antiimperialismus/Antikapitalismus" tritt seit der öffentlichkeitswirksamen EZB-Eröffnung am 18.03.2015 anhaltend hinter den szenetypischen und ideologisch fundamentalen Themenfeldern "Antifaschismus" und "Konfrontation/politische Einstellung/gegen rechts", "Antirassismus", "Ausländer-/Asylthematik", auch im Kontext Abschiebung, gänzlich zurück.

Der "G20-Gipfel in Hamburg, die "Kommunal- und Bundestagswahlen" sowie entsprechende Vor- und Nachphasen bestimmten maßgeblich das Fallzahlenaufkommen der PMK -links- in den vorbenannten fundamentalen Themenfeldern sowie im Themenfeld "Innen- und Sicherheitspolitik/ Kommunalwahlen" bzw. "Bundestagswahlen".

Delikte gegen den "politischen Gegner" resultierten hierbei maßgeblich aus temporären Konfrontationssachverhalten, öffentlichkeitswirksamen "Outingaktionen" sowie Straftaten im Rahmen der Wahlkampfphase gegen - nach eigener Deutungshoheit - "Rechtsextremisten", insbesondere gegen Mitglieder/Unterstützer der Partei "Alternative für Deutschland" (AfD).

In der zweiten Jahreshälfte 2017 rückte durch die politische Bekanntgabe der Errichtung einer Abschiebehaftanstalt auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt in Darmstadt-Eberstadt das Themenfeld "Antirassismus" bzw. "Ausländer-/Asylthematik/Abschiebung" wieder verstärkt in den Fokus der regionalen Szene PMK -links-. Im Gesamtkontext des tangierten Themenfeldes kam es in Hessen in der Folge zu szenetypischen "Solidarisierungsaktionen" u. a. in Form von überwiegend friedlichen Dauermahnwachen bis hin zu teils unfriedlich verlaufenen Demonstrationen sowie Straftaten.

Der in Groß- und Hochschulstädten wirkende Agitationsschwerpunkt "Sozialpolitik/Umstrukturierung" nahm aufgrund der unvermindert regional anhaltenden Wohnraum- und Mietproblematik in diesen Szeneregionen weiterhin ein emotionalisierendes Diskussions-/Aktionsthema ohne konkrete Schwerpunktbildung ein.

1.3 PMK -ausländische Ideologie-

Mit 162 gemeldeten Fällen für das Jahr 2017 im Bereich der PMK -ausländische Ideologie- ist im Vergleich zum Jahr 2016 (108 Fälle) ein erheblicher Anstieg um 54 Straftaten (+50 %) zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte liegt mit 4 Fällen deutlich unter dem Niveau des Jahres 2016 (16 Gewaltdelikte). Die Aufklärungsquote der PMK -ausländische Ideologie- von 62,3 % für das Jahr 2017 liegt unter dem Niveau des Jahres 2016 (69,4 %).

Insgesamt wurden dem HLKA in diesem Phänomenbereich 35 Straftaten mit angenommenem terroristischem Hintergrund gemeldet. Diese sind überwiegend der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK zuzurechnen.

Das Straftatenaufkommen im Phänomenbereich PMK –ausländische Ideologie- wird wesentlich von versammlungstypischen Straftaten sowie Körperverletzungsdelikte und Sachbeschädigungen geprägt. Politische Konfliktlagen im Ausland - insbesondere der Palästina-Konflikt, die Situation in der Türkei, Syrien und im Nordirak - spiegeln sich teils mit hoher Emotionalisierung bei Demonstrationen und ähnlichen Aktionen in Deutschland wieder. Die Lage in der Türkei nach dem Militärputschversuch im Juli 2016 mit zahlreichen Festnahmen, Asylsuchenden in Deutschland, die Wahlen über eine Verfassungsänderung und die Veröffentlichung von Fahndungslisten im Internet durch offizielle türkische Stellen beschäftigten den öffentlichen Diskurs. Das militärische Vorgehen der Türkei gegen die PKK und aktuell gegen die kurdischen „Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) in Nordsyrien mobilisierten Proteste insbesondere kurdischer aber auch nationalistisch-türkisch gesinnter Sympathisanten und hatten Auswirkungen auf das Straftatenaufkommen. Verstöße gegen das Vereinsgesetz waren in diesem Kontext besonders durch die Verbotserfügung des Bundesministeriums des Innern zu Symboliken der verbotenen PKK festzustellen.

1.4 PMK -religiöse Ideologie-

Mit 124 gemeldeten Fällen für das Jahr 2017 im Bereich der PMK -religiöse Ideologie- ist im Vergleich zum Jahr 2016 (84 Fälle) ein erheblicher Anstieg um 40 Straftaten (+47,6 %) zu verzeichnen.

Die Anzahl der Gewaltdelikte liegt mit 3 Fällen auf etwa gleichem Niveau wie im Jahr 2016 (1 Gewaltdelikt). Die Aufklärungsquote der PMK -religiöse Ideologie- von 89,5 % für das Jahr 2017 liegt über dem Niveau des Jahres 2016 (75 %).

Insgesamt wurden dem HLKA in diesem Phänomenbereich 95 Straftaten mit angenommenem terroristischem Hintergrund gemeldet. Diese sind überwiegend dem Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus zuzurechnen.

Auch im Jahr 2017 war die jeweilige Lage im Ausland maßgeblich bestimmend für die Entwicklung der Fallzahlen im Bereich der PMK -religiöse Ideologie-. Bestimmen-

de Themen im Jahr 2017 waren Flüchtlinge mit Affinität zu terroristischen Vereinigungen sowie deutsche Staatsangehörige, die sich im ehemaligen „Hoheitsgebiet“ des sogenannten Islamischen Staates (IS) aufhielten und Hilfe zur Rückreise erbat.

Den hessischen Sicherheitsbehörden liegen derzeit Erkenntnisse zu ca. 140 Islamisten aus Hessen vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise unterstützen. Insgesamt zeichnet sich derzeit eine verringerte Ausreisedynamik ab. Etwa ein Fünftel der gereisten Personen ist weiblich. Der überwiegende Teil der insgesamt gereisten Personen ist jünger als 30 Jahre. Nicht in allen Fällen liegen Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien/Irak aufhalten oder aufgehalten haben. Etwa ein Viertel dieser gereisten Personen befindet sich momentan wieder in Hessen. Zur Hälfte dieser Rückkehrer liegen keine belastbaren Informationen vor, dass sie sich aktiv an Kampfhandlungen in Syrien/Irak beteiligt haben. Als Ergebnis der kontinuierlichen Aus- und Bewertung der Erkenntnislage zu zurückgekehrten Personen liegen den Sicherheitsbehörden aktuell zu ca. 20 Personen Informationen vor, wonach sie sich aktiv an Kämpfen in Syrien oder im Irak beteiligt oder hierfür eine Ausbildung absolviert haben sollen. Aufgrund der politischen Entwicklung in der Region und der militärischen Erfolge gegen den IS könnte die Zahl der Rückkehrer in Zukunft weiter anwachsen.

Aktuell sind in Hessen rund 40 Personen als islamistische Gefährder eingestuft. Im Vergleich zu den Vorjahren 2015 und 2016 bedeutet dies eine Zunahme von ca. 20 Prozent in diesem Phänomenbereich. Nahezu zwei Drittel der Personen halten sich im Ausland auf bzw. befinden sich in Untersuchungs-, Straf- oder Abschiebehaft. Ungefähr ein Drittel der in Hessen eingestuften islamistischen Gefährder besitzt keinen deutschen Pass. Von diesem Drittel befinden sich fast alle Personen entweder im Ausland, in Untersuchungs-, Straf- oder in Abschiebehaft. Zu den Herkunftsstaaten der ausländischen Gefährder gehören Tunesien, Marokko, Türkei, Serbien und Syrien.

Die Schwerpunktregionen in Hessen für den Phänomenbereich Religiöse Ideologie befinden sich im Rhein-Main Gebiet und im Bereich Nordhessen.